

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1927**

218 (3.11.1927)

**Erscheint täglich**  
mit Ausnahme der Feiertage.  
**Bezugs-Preis:**  
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Aussträger frei ins Haus monatlich Goldmark 1.20  
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.  
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 465  
Postfach-Konto  
Karlstraße Nr. 6803

# Der Landbote

**Sinsheimer Zeitung** **Gegr. 1839**  
**General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal**

Helteste und verbreitetste Zeitung d. Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt  
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

**Anzeigen-Preise:**  
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.  
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.  
Grundschrift im Anzeigen- und Tertteil ist Petit.  
Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.  
Anzeigen-Aannahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.  
Bank-Konto:  
Vereinsbank Sinsheim  
e. G. m. b. H.

Nr. 218.

Donnerstag, den 3. November 1927.

88. Jahrgang

## Veröffentlichung der Gilbert-Denkschrift und des deutschen Antwortschreibens an den Reparationsagenten.

Berlin, 2. Nov. In einer Ministerbesprechung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers, die mehrere Stunden dauerte, sind heute die Reparationsprobleme in ihrer ganzen Breite erörtert worden. Grundlage der Diskussion war neben der Denkschrift des Reparationsagenten und dem Ergebnis der Besprechungen, die zwischen Parker Gilbert, dem Reichsfinanzminister und Dr. Stresemann stattgefunden haben, auch der Entwurf der Antwort der deutschen Regierung an den Reparationsagenten. Der Entwurf stammt vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler, lag aber heute noch nicht vollständig vor, so daß er erst in der morgen stattfindenden Kabinettsitzung genehmigt werden kann. Die deutsche Regierung wird sehr ausführlich auf die Bedenken Parker Gilberts eingehen und ausführlich die einzelnen Punkte klarstellen, die der Reparationsagent in seiner Denkschrift behandelt hat. Zu einem Beschluß aber sind die Mitglieder des Kabinetts schon in der heutigen Sitzung gekommen. Sowohl die Denkschrift des Reparationsagenten, wie auch die ausführliche Antwort der deutschen Regierung soll der Öffentlichkeit übergeben werden. Man hat doch eingesehen, daß eine Geheimhaltung des Gilbertschen Memorandums den deutschen Interessen abträglich ist, als die Veröffentlichung. Die Publikation des Memorandums und der deutschen Antwort ist für Sonntag in Aussicht genommen. Sie erfolgt selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Reparationsagenten.

nisterbesprechung gewesen. Die Beschlüßfassung darüber scheint ebenfalls auf morgen vertagt worden zu sein. Es ist bereits mitgeteilt worden, daß der Reichsfinanzminister gegen den vom Auswärtigen Amt stammenden Gedanken der Errichtung eines besonderen Reichskommissariats für Reparationsangelegenheiten schärfsten Widerspruch erhoben hat. Da der Plan auch bei den Deutschnationalen keinen Anklang gefunden hat, dürfte er wohl fallen. Andererseits will man aber doch dem Wunsch Parker Gilberts entgegenkommen, der bei den Besprechungen mit Dr. Köhler und Dr. Stresemann erklärte, welche sachliche Schwierigkeiten es bereite, daß er gezwungen ist, mit einer großen Zahl von Referenten im Reichsfinanzministerium zu verhandeln, die ihrerseits auch in Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung immer wieder Instruktionen einholen müßten. Parker Gilbert sei der Auffassung, daß es im beiderseitigen Interesse erwünscht sei, wenn eine Persönlichkeit, die die Reparationsfragen gründlich beherrscht und auch mit gewissen Vorkenntnissen ausgestattet sei, für den Verkehr mit dem Reparationsagenten betraut würde. Eine solche Persönlichkeit müßte natürlich einen entsprechenden Rang haben und deshalb hat man für den Fall der Bildung eines Reichskommissariats den früheren Staatssekretär Bergmann in Aussicht genommen. Wenn der Plan des Reichskommissariats fallen gelassen und eine andere Regelung getroffen werden sollte, müßte auf jeden Fall eine hervorragende amtliche Persönlichkeit mit der Bearbeitung der Reparationsfragen in ihrer Gesamtheit betraut und ihr der Verkehr mit dem Reparationsagenten übertragen werden.

Auch die Frage, wie in Zukunft die Bearbeitung der Reparationsfragen und der Verkehr mit dem Reparationsagenten gestaltet werden soll, ist Gegenstand der Erörterung in der Mi-

## Der italienisch-französische Gegensatz in Marokko.

### Mussolinis eigentliches Ziel.

Die italienische Flottendemonstration in Tanger. — Ein nicht mißzuverstehender Wink. — Frankreichs und Italiens Abmachungen über Nordafrika. — Spanien und Italien. — Englands Einverständnis. — Mussolinis Streben nach Kompensationen.

Der Duce hat den fünften Gedenktag des Vormarsches seiner Schwarzen Legionen auf Rom nicht nur zu den üblichen lauten Manifesten benutzt, sondern gerade an diesem Jubeltage den übrigen Mittelmeerländern einen Wink gegeben, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Einlaufen des italienischen Geschwaders in den Hafen von Tanger hat die wichtige marokkanische Frage wieder in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gebracht. Da in diesen Tagen die bereits seit 1 1/2 Jahren geplanten Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich über Tanger endlich beginnen sollen, so will Mussolini daran erinnern, daß Italien auf der Konferenz ein Wort mitzusprechen will. Die Begleitumstände bei den Schlußfeierlichkeiten, das Heranziehen der sämtlichen ausländischen Vertreter und nicht zuletzt das völlige Uebersehen der internationalen Stadtverwaltung haben erneut bewiesen, daß Italien sich auch heute noch nicht mit dem von England, Frankreich und Spanien im Jahre 1923 beschlossenen Tangerstatut einverstanden erklärt, das ohne seine Mitwirkung ins Leben getreten ist. Die damaligen Verhandlungen knüpften an die bekannte Algeiras-Konferenz vom Frühjahr 1906 an, in der zwar die Unabhängigkeit Marokkos grundsätzlich anerkannt wurde, trotzdem aber die französisch-englische Politik einen großen Sieg errang. Denn diese wichtige Frage war bereits durch die vorhergehenden Verträge Frankreichs mit England und Spanien in Frage gestellt, das Ergebnis der Konferenz war ein kaum verklärtes Protektorat Frankreichs über Marokko, das seither von Paris aus „friedlich durchdrungen“ wurde. Italien war damals nicht mächtig genug, um ein gewichtiges Wort mitreden zu können und mußte sich der Mehrheit fügen. Seine Lage hat sich jedoch durch den Weltkrieg wesentlich verbessert und als Mittelmeer-macht hätte es erwarten können, daß es zu den Besprechungen im Jahre 1923 hinzugezogen werden würde, besonders da es die Konferenzakte mit unterzeichnet hatte. Da dieses nicht geschah, war, besetzte Italien bald darauf mit einer starken Waage Karabiner seine Gesandtschaft in Tanger und gab schon dadurch zu verstehen, daß es in Zukunft in allen die Stadt betreffenden Fragen ein Wort mitreden wollte.

richtig erkannt, daß dies der unfreundlichste Schritt gewesen ist, den Mussolini bisher jemals gegen Frankreich unternommen hat. Man hat die Absichten und die wahren Ziele Italiens sofort richtig erkannt und eingesehen, daß Frankreich durch diesen Schritt augenblicklich völlig isoliert ist. Man hat sich aber, wie immer, sehr schnell wieder gefaßt und sucht zunächst zu beweisen, daß aus Grund der früheren Verträge zwischen Italien und Frankreich in den nordafrikanischen Fragen alle Unstimmigkeiten ausgeschlossen sind. Man weist darauf hin, daß durch den Vertrag von Fez vom 30. März 1912 die römische Regierung das französische Protektorat über das nördliche Reich anerkannt hat, daß ferner Frankreich im Verzuge von Lausanne vom 18. Oktober 1912 sich mit der Besetzung Tibessins durch Italien einverstanden erklärte und daß schließlich beide Regierungen in Paris am 28. Oktober 1912 sich verpflichtet haben, in Nordafrika einander keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Man hat aber anscheinend völlig vergessen, was sich in der Zwischenzeit ereignet hat. Die Tripolisreise Mussolinis im Frühjahr 1926 und die dort gehaltenen Reden, der Flug Italo Balbis nach Tunis und seine Unterredungen mit dem von allen Seiten herbeigeströmten italienischen Kolonisten, sowie die letzten italienischen Flottenmanöver zwischen Sardinien und Sizilien reden eine ernste Sprache und sollten den Franzosen doch zu denken geben. Ebenso die verschiedenen Äußerungen Mussolinis über das „Mare Romanum“ und seine Drohung, daß in Zukunft kein weiterer Platz an einer der Zugangstrecken zum Mitteländischen Meer in die Hand einer fremden Großmacht kommen dürfe. Zwei Zwecke verfolgt Mussolini mit seiner Flottendemonstration. Einmal will er bei der jetzt beginnenden Tangerkonferenz beteiligt sein, aus der Konferenz zu zweien, zu der später England Stellung nehmen wollte, soll eine Vierer-Konferenz werden. Sodann sollen auf dieser Konferenz nicht nur die marokkanische Frage besprochen, sondern die sämtlichen Mittelmeerprobleme aufgerollt werden. Mussolini hofft hier große Erfolge dadurch erringen zu können, daß er durch geschicktes Nachgeben in der Tangerfrage andere Kompensationen zu erreichen hofft.

### Die unstrittene Kanzlerrede

#### Die „Volontee“ zur Reichskanzlerrede in Offen.

Paris, 3. Nov. Die „Volontee“, das Blatt Caillaux, veröffentlicht einen bemerkenswerten Aufsatz über die Bedeutung der Erklärungen des Reichskanzlers Marx in Offen. Es sei bedauerlich, leitet der Verfasser des Artikels seine Betrachtungen ein, daß die Rede des deutschen Reichskanzlers von der französischen Presse nicht besser verstanden und nicht unparteiischer beurteilt würde. Die strengen Kritiken, die sie erfahren habe, seien weder angebracht noch berechtigt gewesen. Die in Deutschland hervorgerufene Reaktion werde daher begreiflich. Sobald ein deutscher Staatsmann über die Verantwortung an dem Kriege spreche, halte es ein großer Teil der französischen Presse für notwendig, energische Proteste hören zu lassen. Gerade aber über diese heikle Frage habe der Reichskanzler Erklärungen gemacht, die von größtem Interesse seien, weil sie große Mäßigung und guten Willen bekunden. Der Reichskanzler erklärte die Revision des einseitigen Urteils über die Kriegsschuldfrage als Ehrenfrage. Es werde damit keineswegs eine Taktik befolgt, Deutschland von den Reparationszahlungen zu befreien. Diese Erklärung Dr. Marx sei von ganz außerordentlicher Wichtigkeit, und er beweiße damit, daß er weit mehr Realpolitiker sei als mancher seiner Kollegen. Wenn es ihm beliebe, eine Untersuchung über die Kriegsschuldfrage auf offiziellem diplomatischem Wege zu verlangen und er dabei betont, daß, wie immer auch das Ergebnis der Untersuchung ausfallen möge, dieses keinerlei Rückwirkungen auf die deutschen Verpflichtungen haben soll, werde es den früheren Feinden Deutschlands unmöglich sein, die Revision abzulehnen. Die unparteiische Unter-

suchung über die Kriegsschuldfrage müsse eben auch für Frankreich eine Ehrenfrage sein. Das Urteil von 1919 wurde Deutschland aufgezwungen. Diese Methode sei nach dem Kriege unvermeidlich gewesen. Jetzt aber, wo die Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit begriffen werde, sei sie nicht mehr am Platz.

### Poincares Angst vor der Kriegsschuld.

Paris, 2. Nov. Der Figaro wendet sich heute gegen das Völkerbundsinstitut für geistige Zusammenarbeit in Paris. Er beschuldigt das Institut, ein „nur allzubekanntes Buch, bestimmt zu dem Beweise, daß Poincare für den Krieg verantwortlich ist“, zu verbreiten. Die Tatsache sei in allen Völkerbundsreisen bekannt. Der Figaro verabsäumt, mitzutellen, um welches Werk es sich angeblich handelt. Dafür greift er gleichzeitig — allerdings auch, ohne den Namen zu nennen — den französischen Volkshafter in Bern, Hennessy, an und verlangt, daß er seines Postens enthoben werde. Hennessy habe kein Anrecht auf diesen Posten, zumal nicht unter einem Kabinett der nationalen Einigung, denn er habe diesen Posten nur erhalten, weil er die „oböse Kampagne gegen Poincare la Guerre“ finanziell unterstützt hat.

### Kriegsschuld oder eheliche Zusammenarbeit.

#### Eine französische Pressestimme mahnt zur Vernunft.

Paris, 2. Nov. Die Volontee, das Blatt von Caillaux, kommt heute nochmals auf die Essener Rede des Reichskanzlers Marx zurück und betont vor allem die Tatsache, daß der Reichskanzler versichert habe, die Revision des Versailler Schuldurteils sei für Deutschland eine Ehren- und Gewissensfrage und nicht ein Mittel für die Befreiung von materiellen Verpflichtungen. Diese Erklärung sei von allerhöchstem Interesse, weil sie die Mäßigung und die Klugheit selbst sei; sie zeige jedenfalls nur den realistischen Sinn des Reichskanzlers, der damit die Kriegsschuldfrage aus der Sphäre des politischen Streites herauszuheben suche. Wenn nun Deutschland morgen auf diplomatischem Wege den Antrag stellt, eine Untersuchung über die Ursachen des Krieges von 1914 anzustellen und wenn es dabei von vornherein betont, daß es, wie auch das Resultat dieser Untersuchung ausfallen möge, deshalb doch nicht seine materiellen Verpflichtungen in Frage ziehen will, wie könnten da die Alliierten negativ antworten? Würden sie im Falle einer Weigerung nicht sofort den Eindruck von Leuten machen, die ihres guten Rechtes nur wenig sicher sind und die sich deshalb einer weniger parteiischen Prozedur als in Versailles mit aller Kraft widersetzen? Die Annahme eines derartigen deutschen Vorschlages müßte unbedingt für Frankreich und seine ehemaligen Kampfgenossen eine Sache der Ehre und Würde sein, denn im Jahre 1919 — wir dürfen das nicht vergessen — gab es keinen ordentlichen Richterpruch, ganz im Gegenteil zu dem, was man immer zu wiederholen sucht, sondern nur eine erzwungene Beurteilung. Diese Methode war vielleicht unvermeidlich nach einem Siege, aber sie kann 10 Jahre nach dem Friedensschluß anständigerweise nicht mehr aufrecht erhalten werden, denn die Notwendigkeiten einer europäischen Zusammenarbeit fordern, daß die Völker des alten Kontinents auch wirklich ohne Hintergedanken und ohne Haß Hand in Hand arbeiten.

### Die Endsumme.

Mit erschreckender Deutlichkeit werden wir durch die Erlebnisse dieser Wochen an unsere Macht- und infolgedessen Rechtlosigkeit gegenüber den Mächten von Versailles erinnert. Nicht bloß, daß die auch nur teilweise Räumung der Rheinlande von den fremden Besatzungstruppen keinen Schritt vorwärts kommt, obwohl nun das Ende des Monats Oktober vorüber ist, das für den Beginn der Räumung in Aussicht gestellt war, auch der aufgehobene Finger des Damesagenten, der zwischen Lipp- und Kelschland die unserer Beamtenschaft zugeordnete Befehlshaberbesetzung bedroht, mahnt uns mit einer trotz aller Verbindlichkeit des Verfahrens doch herrlichen Gebärde, daß wir uns ja nicht einbilden sollen, Herr im eigenen Hause zu sein, und daß wir, wenn wir eine Ausgabe machen wollen, die wir zum Wohle von Staat und Volk für nötig erachten, erst bei dem Vertreter unserer Versailler Gläubiger höflich anzuklopfen haben, ob wir auch dürfen. Es gibt aus dieser kläglich bevormundeten Lage für uns zurzeit kaum einen Ausweg. Ob er auf dem Umweg über eine föderalistische Auflockerung der Organisation der deutschen Reichsfinanzen zu finden wäre, wie Staatsminister a. D. Professor Dr. v. Viktorius anzunehmen scheint, will doch etwas zweifelhaft erscheinen, denn es ist schwerlich zu glauben, daß die Herren von Versailles sich auch nur die geringste Einschränkung am Zugriff auf deutsche Steuergelder auferlegen würden, wenn sie diese aus einem guten Duzend Einzelstaatskassen holen müßten, anstatt aus einem einzigen, einheitlichen Reichskassenhaushalt. Ein Ende dieser dauernden Hemmung unserer finanzpolitischen Freiheit ist nur zu hoffen von einem Ende unserer Zahlungspflicht als solcher und hierdurch werden wir daran erinnert, daß über das Ende dieser Zahlungspflicht auf Grund des verlorenen Krieges überhaupt noch nichts festgestellt ist. Das Damesabkommen rechnet uns die fälligen Jahreszahlungen vor, es schützt uns vor unregelmäßigen, plötzlichen willkürlichen Forderungen, es schützt unsere Währung vor Ueberspannung, aber es sagt uns nicht, wie hoch unsere Schuldigkeit im ganzen sich belaufen soll. Darin liegt ein grundlegender Mangel des sonst für den Schutz unserer öffentlichen Finanzen wertvollen Abkommens und man muß sich wundern, daß der Ausgleich dieses Mangels nicht bloß bei der Feststellung des Abkommens unterblieb, sondern daß auch seither von deutscher Seite jeder Versuch einer nachträglichen Abstellung unterblieb. Wenn jetzt so viel, sogar bei einem Teil unserer einstigen Gegner, der Damesplan als undurchführbar anerkannt und von seiner Durchsicht gesprochen wird, so muß auf die Behebung dieses elementaren Mangels der erste Nachdruck, das Hauptgewicht gelegt werden. Nicht als ob wir uns auf einen möglichen Anschlag dieser Gesamtverpflichtung rofige Hoffnungen machen, insbesondere wird die Phantasie der Franzosen durch den Reiz der alten Formel „Le hoch paiera tout“ wieder zu schrankenlosen Steigerungen ihres Verlangens führen. Aber wenn schon, dann sind die anderen schließlich auch noch da, überfliegene Forderungen im eigensten Interesse zu verhindern, und eine große Endsumme wäre aufs ganze gesehen nicht schlimmer

Somit richtet sich der Schritt Italiens in erster Linie gegen Frankreich; man hat in der ersten Aufregung auch

als wenn große Jahreszahlungen ins Endlose fortgeschleppt werden müßten. Klarheit ist die Hauptsache, zumal jetzt, für uns und unsere Finanzverwaltung.

Englische Quertreibereien in der deutsch-amerikanischen Anleihe-Affäre

Newyork, 3. Nov. Nach dem „New York Herald“ ist in der Wall Street vielfach die Ansicht vertreten, daß die Emission der deutschen Herbstanleihe wegen der bekannten Anleihebedatte verschoben werden wird. In einem Leitartikel bemerkt die Zeitung zu der London-Berliner Diskussion über die Priorität, daß der Transfer-Ausschuß natürlich sein eigenes Urteil fällen werde. Das hätten die ausländischen privaten Geldgeber von vornherein in Rechnung stellen müssen. Der Geldgeber frage nicht danach, wie es um die Reparationen steht, er sehe nur die Bezahlung voraus. Das Blatt erklärt, daß es möglich sei, daß gewisse englische Wirtschaftler das amerikanische Kapitel von Deutschland abschneiden möchten. Der amerikanische Geldgeber bewahre aber sein eigenes Urteil und mache damit wahrscheinlich das englische Bemühen erfolglos.

Auch in Berliner politischen Kreisen herrscht der Eindruck vor, daß die Prioritätsdebatte von ausländischen interessierten Kreisen in der Absicht hervorgerufen worden ist, weitere Kredite an Deutschland zu unterbinden.

Die deutsch-rumänischen Verhandlungen

Berlin, 3. Nov. Zu den Meldungen aus Bukarest, die bereits mit ziemlicher Bestimmtheit von der Entsendung deutscher Unterhändler zur Fortführung der deutsch-rumänischen Verhandlungen wissen wollen, wird an zuständiger Stelle erklärt, daß allerdings die Entsendung eines Unterhändlers möglicherweise in Frage kommt. Beschlüsse hierüber sind jedoch noch nicht gefaßt worden.

Bekanntlich hatten schon in Genf zwischen dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und den rumänischen Ministern Titulescu und Vintila Bratianu Besprechungen stattgefunden, die aber durch den Sturz der Regierung Averescu unterbrochen wurden. Die Besprechungen wurden dann auf dem üblichen diplomatischen Wege weitergeführt und scheinen nunmehr soweit geklärt zu sein, daß eine direkte Fühlungnahme möglich ist.

Rechtsangleichung zwischen Deutschland und Oesterreich

Berlin, 3. Nov. Im Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform erhaltete Abgeordneter Emminger (Bayer. Volkspartei) Bericht über die Besprechung zwischen Abgeordneten des Reichstages und des österreichischen Nationalrats über die gemeinsame Strafrechtsreform. Bekanntlich war von beiden Parlamenten der Wunsch geäußert worden, nach Möglichkeit ein übereinstimmendes Strafrecht zu schaffen. In der erwähnten Besprechung wurde für den 15. bzw. 16. November des Jahres der Zusammentritt einer freien österröisch-deutschen parlamentarischen Konferenz in Berlin vereinbart, auf der die im Verlauf der bisherigen parlamentarischen Beratungen in Aussicht genommenen Änderungen der Strafrechtsreform erörtert und darüber nach Möglichkeit eine Verständigung erzielt werden soll. Reichsjustizminister Hergt stellte fest, daß nach diesen Mitteilungen keine neue staatsrechtliche Bindung in Frage komme und auch die in Aussicht genommene lose Art des Zusammenwirkens die Freiheit der Willensbildung in den beiden Parlamenten und in den Ausschüssen über die Strafrechtsreform in keiner Weise beeinträchtige. Der Minister begrüßte den Versuch, den man damit im Interesse der Rechtsangleichung anstelle und erklärte seine Bereitschaft, die gemeinsame Arbeit der beiden Körperschaften zu seinem Teil zu unterstützen.

Die Deutschenunterdrückung in Kattowitz

Kattowitz, 3. November. Der Deutsche Volksbund hat an das Minderheitenamt eine Beschwerdeschrift wegen der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Kattowitz eingereicht. In der Beschwerdeschrift wird zum Ausdruck gebracht, daß der deutsche Bevölkerungsteil in der Zusammensetzung der kommissarischen Stadtverordnetenversammlung eine ungerechte Behandlung im Sinne des Artikels 75 des Genfer Vertrages und ein ungleichmäßige Behandlung der politischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität im Sinne des Artikels 77 des Genfer Abkommens erlidi. In der Beschwerdeschrift wird ferner das Zahlenverhältnis zwischen dem Ergebnis der Kommunalwahlen am 14. 11. 1925 und der jetzigen Zusammensetzung der kommissarischen Stadtverordnetenversammlung hingestellt. Die Beschwerde richtet sich gegen den Wojewodschaftsrat, weil die Achtung der Rechte der Minderheiten eine Frage von grundsätzlicher allgemeiner Bedeutung ist. Es wird daher die sofortige Aufhebung des Beschlusses des Wojewodschaftsrates beantragt

Ein Frühlingstraum.

76) Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne. — „Einen Wunsch hätte ich wohl noch“, begann Mary wieder. — „und der wäre? Was in meinen Kräfteu steht, mein Kind, soll dir werden.“ — „Könnte ich wohl, — möchten Sie — möchten Sie nicht veranlassen, daß —“ sie hielt inne; es wurde ihr doch schwer, das auszusprechen, was sie auf dem Herzen hatte. — „Sprich doch, Kind! Werne, alles, alles sollst du haben!“ — „Ich möchte — ich möchte Hauptmann Wolfsburg so gern noch mal sprechen“, rang es sich endlich mühsam von ihren Lippen, während ein liches Rot in ihre Wangen stieg. Frau Doktor Hamann sah sie einen Augenblick betroffen an. Der also war es, den Mary vor Jahren so namenlos geliebt — o, nun wurde ihr so vieles klar — ihr Wille, das Kind trotz körperlicher Schwäche durchhaus zu pflegen — ihre häufigen Wege nach dem Friedhof — aber sie machte keine Bemerkung darüber. — „Aber natürlich, Kind, soll das geschehen. Heute noch?“ — „Wenn möglich, ja! Und kann er nicht kommen, geben Sie ihm dieses — ach ja, du liebe Mutter!“ Und sie reichte ihr den Bettel, den sie vorhin geschrieben. Es waren nur die paar Worte: Ein letztes „Behüt dich Gott!“ Denke zuweilen an deine Mary.“ Frau Doktor Hamann telephonierte sofort nach seiner Wohnung. Wolf war selbst da, und sie bat ihn um seinen Besuch. Er sagte sofort zu, und es dauerte nicht lange, so kam er auch. Sie begrüßte ihn und sagte: — „Meine Bitte, zu uns zu kommen, ist Ihnen gewiß sehr angenehm erschienen. Doch es war ein Wunsch Schwester Konjuclos, Sie noch einmal zu sprechen — sie ist sehr krank.“ — „Was, Mary krank, und das wußte ich nicht!“ Dieser Ausruf bekräftigte ihre Vermutung. „Ja“, entgegnete sie, „und ich kann Ihnen nicht verhehlen, daß es sehr schlimm

und eine neue Ernennung der kommissarischen Stadtverordnetenmitglieder, in der die Bevölkerung deutscher Nationalität entsprechend ihren Verhältnissen vertreten ist, verlangt. Gleichzeitig ist in der Beschwerde gebeten worden, spätestens nach 20 Tagen die Beschwerde gemäß des Artikels 39 der Verfahrensordnung dem Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder, weiterzugeben.

Krestinski Sowjetvertreter in der Abrüstungskommission

Moskau, 3. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Tschitscherin ein Telegramm aus Genf erhalten, in dem das Völkerverbandssekretariat Russlands Bereitschaft zur Mitarbeit an der Abrüstungskonferenz mit Befriedigung bestätigt.

Heute wird der Rat der Volkskommissare Russlands Haltung auf der Abrüstungskommission beraten. Tschitscherin gibt das Hauptreferat. Man nimmt an, daß der Berliner Sowjetbotschafter Krestinski nach Genf gehen wird.

Das Schicksal der Entführten immer noch ungewiß

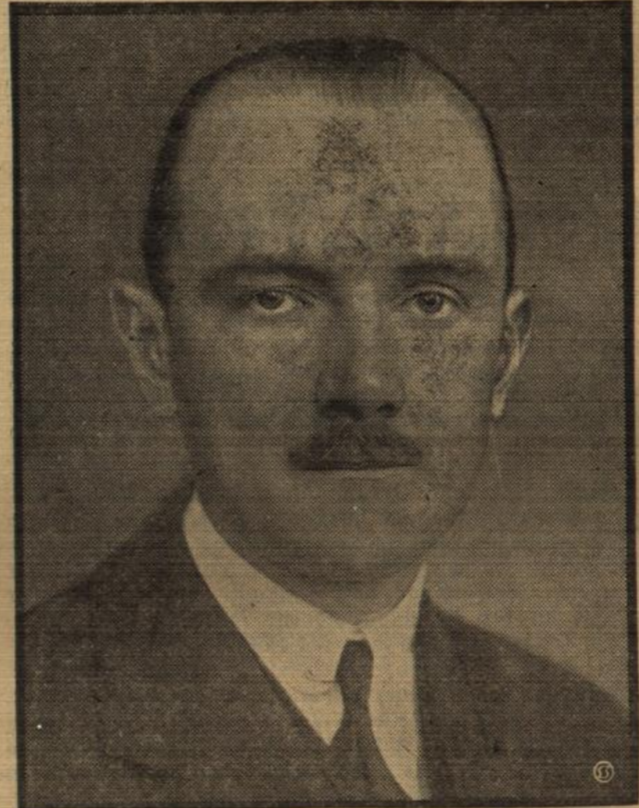
Paris, 3. Nov. Der Raib Ben Raceur, in dessen Lager sich die vier entführten Verwandten des Generalresidenten von Marokko befinden, sollte sich dieser Tage mit dem Führer des Stammes, Beni Mellal, zu Verhandlungen über die Freilassung der Gefangenen treffen. Der Raib zog es aber vor, sich dieser Begegnung zu entziehen. Das Verfügungsrecht über die Gefangenen soll übrigens noch immer dem gefürchteten Kriegerstamm des Uid El Guerni zugehen.

Das Schicksal der Deutschen auf der „Masalba“

Berlin, 3. Nov. Nach einem Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro ist der Deutsche Karl Vollrath, der sich auf der untergegangenen „Masalba“ befand, in Rio eingetroffen. Von den anderen bisher gemeldeten Deutschen: von Küchler, Schneider und Kappus fehlt bisher jederlei amtliche Nachricht, so daß man damit rechnen muß, daß auch sie zu den ums Lebengekommenen gehören.

Die amtliche Totenliste über den „Masalba“-Untergang. Newyork, 3. Nov. Laut amtlicher Mitteilung sind bei dem Untergang der „Masalba“ 32 Personen, darunter der Kapitän und acht Offiziere, ertrunken.

Der neue deutsche Botschafter in Washington?



Friedrich Wilhelm von Frittwitz und Gaffron.

Als Nachfolger des bei dem Flugunglück in Schleititz verstorbenen Botschafters Ago von Maltzan soll der bisherige Botschaftsrat bei der deutschen Botschaft in Rom, Dr. jur. Friedrich Wilhelm von Frittwitz und Gaffron ausersuchen worden sein.

Dr. von Frittwitz und Gaffron stammt aus einer alten schlesischen Adelsfamilie, die dem preußischen Staate sehr viele führende Militärs geschenkt hat. Der neue Botschaf-

ter hat dagegen nach Beendigung seiner juristischen Studien sofort die diplomatische Laufbahn eingeschlagen und war schon vor dem Kriege in Washington und Petersburg tätig. Bei Kriegsausbruch war er in der Reichskanzlei; über den Posten eines Konsuls in Triest kam er 1921 als Botschaftsrat zur Deutschen Botschaft in Rom. Er wurde am 1. September 1884 in Stuttgart geboren, ist also 43 Jahre alt, und seit 1920 mit einer Gräfin Strachwitz verheiratet.

Bei der Wichtigkeit, die der Botschafterposten in Washington in den nächsten Jahren für die deutsche Politik haben wird — man denke nur an die Regelung der aus dem Dawes-Abkommen resultierenden Finanzfragen — ist es erklärlich, daß bei der Wahl des Botschafters mit größter Sorgfalt vorgegangen werden muß. Der Schwerpunkt der deutschen Finanzwirtschaft wird, wie sich aus dem Vorgehen des Reparationsagenten bereits ergeben hat, bei den kommenden Verhandlungen über die Reparationsverpflichtungen Deutschlands nicht in Berlin, sondern in Washington liegen.

Arbeiten der Reichstagsausschüsse

Aus dem Bildungsausschuß des Reichstages.

Berlin, 3. Nov. Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte seine allgemeine Aussprache über das Reichsschulgesetz fort. Abgeordneter Fleißner (Soz.) betonte, daß die Haltung seiner Partei zur Gemeinschaftsschule eine nach der Verfassung durchaus richtige sei. Daß die Reichsregierung über die so wichtige Kostenfrage hinweggehe, sei unverantwortlich. Abgeordneter Rheinländer (Ztr.) erklärte: Die Gemeinschaftsschule dürfe äußerlich nicht ärmlicher gestellt werden als irgend eine andere Schule des Reiches.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen gab Ministerialrat Löffler vom Reichsministerium eine ausführliche Uebersicht über die Rechtslage und die tatsächliche Lage an den öffentlichen Volksschulen in den verschiedenen deutschen Ländern. Zusammenfassend könne gesagt werden, daß der Charakter der Bekenntnisschule nach der Charakter der Gemeinschaftsschule in den einzelnen deutschen Ländern einheitlich ist. Neben der strengen Form der Bekenntnisschule in einzelnen Ländern, finde sich die weniger strenge Form in Preußen. Endlich finde man in denjenigen Ländern, die überwiegend evangelisch sind, Schulen, die weder als Bekenntnisschule noch als Gemeinschaftsschule bezeichnet werden könnten, weil ein Bedürfnis, die Minderheit in den Gesehen besonders zu nennen und zu berücksichtigen, gar nicht hervorgetreten sei. Der Ausschuß vertrat sich darauf auf Donnerstag.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler im Haushaltsausschuß

Berlin, 3. Nov. In der weiteren Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Reichsfinanzminister Dr. Köhler, er habe sich bemüht, die Schätzungen für 1927/28 so sorgfältig aufzustellen wie möglich. Er müsse sich gegen den Vorwurf verwahren, er hätte einen freizierten Etat vor sich. Es brauche kein Unterzuschuß eingesetzt zu werden, um den Etat prüfen zu lassen. Ueber eine Entschuldigungsaktion zugunsten der schwer leidenden Landwirtschaft fänden Besprechungen unter den Ressorts statt. Von einer Zinsverbilligung sei aber in diesem Zusammenhang nichts bekannt. Ueber die Einschränkung des außerordentlichen Etats würden demnächst Vorschläge gemacht werden. Der Sekretwürf über die Nachberhebung der Vermögenssteuer werde dem Reichstag vorgelegt werden. An Steuerrückständen hätten wir am 1. April 1927 610 Millionen, am 1. Juli 550 Millionen gehabt. Davon sei aber nur die Hälfte gestundet, die andere Hälfte ohne Stundung nicht bezahlt worden. Die Rückstände am 1. Oktober ständen noch nicht fest. Von der Dringlichkeit der Reform der Verwaltung sei das Kabinett durchaus überzeugt. Ueber Steuerentlastung, die auch sein Wunsch sei, würden nächstens Vorschläge gemacht werden. Eine grundsätzliche Milderung des Liquidationsschuldenschlussgesetzes sei nicht beabsichtigt. Zusammenfassend schloß der Minister seine Darlegungen mit der Feststellung, daß nicht aus irgend einem außerhalb der Sache liegenden Grunde die Etatsschätzungen für 1927/28 vorgenommen werden, sondern daß sie pflichtgemäß geprüft worden seien. Die Verhandlungen wurden dann auf Donnerstag vertagt.

Dr. Schacht und Dr. Reinhold zur Emmission der fünfprozentigen Reichsanleihe

Berlin, 3. November. Reichsfinanzminister A. D. Dr. Reinhold und Reichsbankpräsident Dr. Schacht veröffentlichten, wie der Deutsche Handelsdienst meldet, gemeinsam folgende Erklärung:

Zu den Ausführungen, die der Reichsbankpräsident am 27. vorigen Monats vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages über die fünfprozentige Reichsanleihe gemacht hat,

„O, Wolf, das ist meine größte Freude, dich noch einmal zu sehen! Nun kann ich ruhig sterben!“

„Sprich nicht so, mein Märchen, ich kann es nicht glauben! Du zerreißt mir das Herz!“

„Gewöhne dich an den Gedanken, Wolf! Dann kannst du auch meiner gedenken, ohne daß es ein Unrecht ist! — Wir dürfen ja einander nichts sein!“

Wieder war es still zwischen ihnen; man hörte nur leise die Uhr im Zimmer ticken. Das gedämpfte Licht der Lampe fiel auf ihr totenblaues schmales Gesicht, aus dem die unnatürlich großen Augen fast schwarz hervorsahen. Das goldige Haar war gelöst und umgab ihr Köpfchen wie ein Seligschein. Er streichelte ihre zarten Hände, während er sie unverwandt ansah, als wolle er sich ihr Bild fest einprägen. Ihre frühere hinreichende Schönheit besaß sie allerdings nicht mehr, dafür war sie aber von einem fast überirdischen Reiz, der rührend war. Ihre Augen ruhten sinnend in den seinen, als sie leise fragte:

„Nicht wahr, Wolf, du hast mich doch lieb gehabt?“ Er sah sie nur mit einem Blick an, der ihr alles sagte. Sie lächelte schwach und fuhr dann fort: „Ja, ich weiß es, doch wollte ich es noch einmal von dir hören, mein Geliebter! — Ach, jetzt sterbe ich gern mit der Erinnerung an meinen Frühlingstraum! Wie war er doch schön — wie daß ich süß geträumt!“

Da zog er ihre Hände an seine Brust und sagte mit vor Erregung bebender Stimme: „Ja, mein Märchen, ich habe dich liebgehabt und liebe dich noch — mehr als alles in der Welt! Du warst ja mein ganzes Glück!“ Selig lächelnd hörte sie ihn an, ihre Blicke tief in sein dunkles Auge tauchend. Behutsam nahm er da ihren Kopf in seine Hände und küßte sie noch einmal — zum letzten Male — lange und schweigend auf den Mund. Dann bettete er sie sanft zurück; sie hatte die Augen geschlossen; doch lag noch der seltsame Ausdruck in ihrem Gesicht. — Etwas geräuschvoll wurde da die Tür geöffnet.

„Verzeihen Sie — aber Konjuclos muß einnehmen! Es ist jetzt die Zeit, Kind“, sagte Frau Doktor Hamann sanft. (Schluß folat.)

— aussichtslos mit ihr steht. Sie war zum Totenfest auf dem Friedhof und dort hat sie sich ihre Krankheit geholt.“

„O Gott“, stöhnte Wolf, das Gesicht in den Händen verbergend. Leise erzählte sie ihm dann von dem Verlauf der Krankheit bis zu ihrem Wunsch, Herrn Hauptmann noch mal zu sehen.

„Ich danke Ihnen“, sagte Wolf, „daß Sie mich benachrichtigt haben! Kann ich Sie jetzt sehen?“

„Ja! Vor allem aber bitte ich Sie um Fassung, Herr Hauptmann! Das Geringste regt sie auf! Mein Mann wird vielleicht gar nicht einverstanden sein; aber diesen Wunsch könnte ich ihr nicht verweigern. — Hier, das gab sie mir für Sie!“ schloß Frau Hamann, ihm das Briefchen gebend.

In diesem Augenblicke ertönte das Zeichen einer Glocke. „Entschuldigen Sie einen Augenblick, Herr Hauptmann, das ist Konjuclos!“

„Ist er da?“ fragte Mary, Frau Hamann erwartungsvoll ansehend.

„Ja, Kind, soeben ist er gekommen! Aber bitte keine Aufregung!“

„Dann bringe ihn mir doch — er ist es ja, den ich so unaussprechlich geliebt habe“, flüsterte sie leise, „o, wie danke ich dir!“

— Sehnsüchtig blickten dann ihre großen glänzenden Augen nach der Tür, durch welche der Heißerchichte jeden Augenblick eintreten mußte. Endlich sah sie den Geliebten auf der Schwelle stehen; sie verlungte, sich ein wenig emporzurichten und ihm beide Hände entgegenzustrecken. „Wolf!“ küßten ihre bebenden Lippen, während ein seltsames Lächeln über ihr Gesicht flog. „Danke dir, daß du gekommen bist, du Güter, Lieber!“

Mit zwei Schritten war er an ihrem Bett. Partfühlend zog sich Frau Hamann zurück, ihnen dadurch ein paar Minuten ungestörten Beisammenseins ermöglichend. Wolf war vor dem Bett niedergefunken und drückte sein Gesicht auf ihre eine Hand, während sie mit der anderen liebevoll durch sein schwarzes lockiges Haar strich. Er konnte vor innerer Bewegung kein Wort herausbringen. Endlich sagte sie mit bebender Stimme:

hellen wir gegenüber irrigen Ausdeutungen in der Presse gemeinsam fest: Es ist richtig, daß die Reichsbank, als sie am 11. Januar den Diskontsatz ermäßigte, von der Absicht der baldigen Begebung einer Reichsanleihe keine Kenntnis haben konnte, da zu jener Zeit die Regierung selbst sich nicht mit einer solchen Absicht trug. Als indessen die sich häufenden Anleihepläne von Ländern und Gemeinden nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums befürchten ließen, daß der Markt sich erschöpfen würde, ehe das Reich mit seiner Anleihe herauskäme, entschloß sich die Regierung zur sofortigen Auflegung einer Anleihe, zumal der Markt der festverzinslichen Werte eine lebhaftere Nachfrage zu zeigen begann zeigte. Wie diese Marktlage damals in der Öffentlichkeit aufgefaßt wurde, illustriert ein beliebiger herausgegriffener Artikel im Handelszeitung der Tageszeitung, wo es wörtlich heißt: „Unter diesen Umständen scheinen die Aussichten einer Reichsanleihe gerade in dem jetzigen Augenblick besonders günstig. Die Bedingungen, zu denen die Anleihe aufgelegt wird, lassen deutlich in Erscheinung treten, in wie großem Umfange sich der Landeszinsfuß wieder dem normalen Maß nähert. Noch vor einem halben Jahre wäre die Auflegung einer Reichsanleihe mit 5 Prozent Nominalverzinsung bei einem Ausgabefuß von 92 Prozent undenkbar gewesen. Heute wo fünfprozentige Hypothekendarlehen zwischen 93,5 und 97,5 Prozent, fünfprozentige Stadtanleihen zwischen 93 und 95 Prozent notieren, erscheint der Ausgabefuß nicht mehr gekünstelt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß bei den genannten Papieren die Kursbildung wesentlich dadurch beeinflusst ist, daß es sich um Zwergemissionen handelt. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Reichsanleihe, von der 200 Millionen Mark bei öffentlichen Stellen mit Sperrverpflichtung fest untergebracht und auch die restlichen 300 Millionen Reichsmark fest von den Banken übernommen sind, glatt im Publikum Absatz findet.“

Diese Beurteilung der Marktlage war dem Reichsfinanzministerium für die Auflegung eines fünfprozentigen Typs maßgebend, dem die Reichsbank, die am 20. Januar von der Anleiheabsicht informiert worden war, zustimmte, während sie hinsichtlich des Betrages eine niedrigere Summe empfahl. Nachdem aber das Reichsfinanzministerium die vom Konsortium gewünschte Marktzinsfreiheit von weiteren Reichsanleihen bei einem niedrigeren Betrage nicht glaubte zusagen zu können, haben weder Konsortialmitglieder, noch die Reichsbank Einwendungen erhoben.

Dr. Reinhold fügt hinzu, daß er der heute früh in der „Postlichen Zeitung“ veröffentlichten Notiz völlig fernsteht und ihren Inhalt nicht billigt.

**Die Deutsche Volkspartei zum Schulgesetz**

Berlin, 3. Nov. Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat gestern im Bildungsausschuß des Reichstages, der in der Schulfrage führende Vertreter der Deutschen Volkspartei dem Reichsinnenminister eine genaue schriftliche Formulierung des Standpunktes der Deutschen Volkspartei gestellt, die bereits bei der ersten Lesung des Schulgesetzentwurfes im Reichstage durch den Sprecher der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Kunkel, zum Ausdruck gekommen ist.

**Rücktritt Dr. Böglers vom Vorkiss im rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat**

Berlin, 3. Nov. Wie der D.H.D. erzählt, wird Generaldirektor Dr. Böglers, der bekannte Großindustrielle, seinen Vorkiss im Aufsichtsrat des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats niederlegen. Wer seine Nachfolge antreten wird, war im Augenblick nicht zu erfahren. Dr. Böglers begründet seinen Austritt mit Arbeitsüberlastung.

**Vom Amte enthoben wegen Landesverrats-Verdacht**

Berlin, 3. Nov. Der Regierungsrat im hessischen Ministerium des Innern, August Fuchs, wurde, wie die Abendblätter melden, wegen Verdachts des Landesverrats von seinem Amte enthoben. Bei Festnahme von Frauenspersonen, die in lebhaftem Verkehr mit den Franzosen standen, fand man wichtiges Material über das hessische Polizeiwesen, das nach ihren Angaben von Fuchs stammt.

**Ludendorff „krankhaft gestört.“**

General Ludendorff macht durch sein extra vagantes Verhalten in letzter Zeit viel von sich sprechen. Zuerst war es seine Haltung bei der Tannenbergsfeier mit den nachfolgenden Reden, bei der ihm seine Frau sekundierte, dann war es sein Austritt aus der evangelischen Kirche, die er, wie es heißt, verließ, um Boten zu seinem Gott zu erklären. Dies alles und sein sinnloses Wüten gegen Logen und Juden, sind in den Augen vieler pathologische Erscheinungen. So schreibt das „Bremer Kirchenblatt“ hierzu u. a. folgendes: „General Ludendorff ist aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Durch seine geniale Heerführung hat er sich Anspruch auf den Dank seines Volkes erworben. Aber so manches, was man von ihm hört legt die Vermutung nahe, daß die ungeheure geistige Ueberanstrengung in vier schweren Kriegsjahren und dann die furchtbare Enttäuschung über den schließlichen Mißerfolg der Arbeit krankhafte Störungen verursacht haben.“ Das Blatt schreibt zusammenfassend, daß sein Kampf gegen manche andere Führer unseres Volkes, sein eigenartiges politisches Auftreten, das überall den klaren weischaubenden Blick vermissen läßt, sein blinder Haß gegen die Juden und sein Bruch mit der Kirche, alles das passe so gar nicht zu dem Manne, der wie die Verkörperung der Ruhe und Besonnenheit in schwerster Notzeit an Hindenburgs Seite stand, daß man nur eine Erkrankung als Ursache dieser Veränderung seines Wesens annehmen kann.

**Der Prozeß gegen von Heydebrand**

Breslau, 2. Nov. Unter dem Vorsitz des Landesgerichtsdirektors Furbach begann heute der Prozeß gegen den Regierungsrat von Heydebrand und der Kasa. Es sind zu den Verhandlungen 47 Zeugen und 11 Sachverständige geladen. Drei Tage sind für den Prozeß in Aussicht genommen. Nach der überaus umfangreichen Anlagenschrift ist der Angeklagte, der preussische Regierungsrat Ernst von Heydebrand und der Kasa aus Aniegnitz angeklagt, zu Aniegnitz in der Nacht zum 14. Oktober 1926 seine Ehefrau Erna von Heydebrand und der Kasa mit Ueberlegung getötet zu haben. Seine erste Ehe wurde 1920 wegen eines vom Beschuldigten begangenen Ehebruchs geschieden. Die zweite, die am 12. April 1925 geschlossen wurde, stand vom ersten Augenblick an unter einem ungünstigen Stern. Der Gegenpart, der sich schon aus der Charakterbildung beider Teile ergab, konnte umso weniger ausgeglichen werden, als er durch den Widerstreit erheblicher wirtschaftlicher Interessen an Schärfe begann und beiden Eheleuten dadurch, daß dritte Personen als Vermittler zwischen sie traten, die Freiheit und Verantwortlichkeit eigenen Handelns genommen wurde. Dazu kam, daß die zweite Gattin des Angeklagten darin, daß er zur ersten Frau nicht alle Bräuten abgebrochen hatte, eine Gefahr für

den Bestand ihrer Verbindung sah. Nach dem übereinstimmenden Urteil aller Personen, die ihr näher getreten sind, war Frau von Heydebrand ein leidenschaftlicher Mensch, rasch aufbrausend, aber ebenso schnell wieder beruhigt und freundlich. Dem Angeklagten war von der Ehefrau der Vorwurf der Unwirksamkeit gemacht worden und es kam schließlich zwischen den Eheleuten zu einem großen Konflikt. Die Ermordete machte am 28. Juli ein privatschriftliches Testament, wobei sie gegenüber einem Zeugen geäußert haben soll: „Man kann nicht wissen, ich habe ein Mißtrauen gegen die schlechende Art meines Mannes.“ Jedenfalls hat die Verstorbene in dem Testament ihre Erbitterung an dem Angeklagten restlos zum Ausdruck gebracht. Sie entzieht ihm wegen großen Unbannes den Pflichtteil und setzt zu ihrem alleinigen Erben den einzigen, damals siebenjährigen Sohn ihres Schwagers, des Zeugen von Zobelitz ein. Von diesem Testament hat der Angeklagte erst nach dem Tode seiner Frau Kenntnis bekommen.

Am 25. August kamen die Vorbereitungen der Scheidungsklage zum Stillstand. Der Angeklagte berichtete einer Familie, daß seine Frau am 13. Oktober zu ihm zurückkehren werde. Am 13. Oktober fuhren die Eheleute nach Breslau. Der Beschuldigte fuhr von Breslau allein nach Aniegnitz zurück, seine Frau kam nach. Frau von Heydebrand wollte am nächsten Morgen um 7.45 Uhr geweckt werden, der Angeklagte um 7.30 Uhr. Während des ganzen Abends waren die Eheleute in bester Stimmung; um 5.30 Uhr bestirzte die Aufwärtlerin Anders, als sie gegen 1 Uhr nachts von einem seltsamen Geräusch, das sich wie ein Knäusen anhörte, wach wurde und unmittelbar darauf der Angeklagte zu ihr mit den Worten in die Küche stürzte, daß seine Frau sich erlösen erschossen habe. Der Angeklagte war mit einem Wollhemd, einer grau karierten Leberhoje und grünen Ueberstrümpfen bekleidet. Der Angeklagte erklärt, daß er als alter Soldat daran gewöhnt sei, sich schnell anzuziehen. Die Voruntersuchung hat hinsichtlich einer ganzen Reihe von Umständen eine Erklärung zugunsten des Angeklagten gebracht, indes doch nicht jeden Verdacht von ihm genommen. Es wurde nach dieser Richtung hin u. a. angeführt, daß der Tod der Frau v. H. erfolgte, als sie mit dem Gatten allein war, daß der tödliche Stoß aus der Waffe des Beschuldigten abgefeuert wurde, daß der Angeklagte der Beschuldigung in Aniegnitz fernblieb, daß er aber der Testamentserröpfung ein auffälliges Interesse entgegenbrachte und daß er, wenn die Tote ohne Testament gestorben wäre, erhebliche Vorteile gehabt hätte.

In der weiteren Vernehmung des Angeklagten von Heydebrand nimmt die Erzählung des Beschuldigten über die Vorgänge in der Schicksalsnacht einen breiten Raum ein. Seine erste Frau hat der Beschuldigte noch als Referendar geheiratet. Seine zweite Frau schildert er als überaus herrischen Charakter, der er aber stets mit Ruhe entgegengetreten sei. Den Hauptpunkt der Streitigkeiten zwischen dem Angeklagten und seiner Frau bildete stets der geschlossene Ehevertrag. Als erste Zeugin wurde dann die frühere Wirtschaftlerin des Beschuldigten, die 48 Jahre alte geschiedene Frau Anders vernommen. Die Zeugin schildert die bekannten Vorgänge in der verhängnisvollen Nacht und die Verhörtheit Heydebrands nach dem Tode der Frau. Wie im Vorverfahren widerspricht sich auch jetzt die Zeugin in verschiedenen Punkten über betretet, was sie früher ausgesagt hat.

**Letzte Telegramme in Kürze.**

**Der Strafrechtsausschuß im Reichstag für die Beibehaltung der Todesstrafe.**

Berlin, 3. Nov. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages führte am Mittwochnachmittag die Aussprache über die Todesstrafe zu Ende. Der Ausschuß beschloß mit 17 gegen 11 Stimmen die Anträge auf Abschaffung der Todesstrafe abzulehnen.

**Die Deutsch-Hannoversche Partei für Reingliederung des Reiches.**

Hannover, 3. Nov. Der Zentralvorstand der Deutsch-Hannoverschen Partei nahm in seiner letzten Sitzung im Anschluß an ein Referat des Grafen Bernhorff einstimmig eine Entschließung an, in der der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß die Reichsregierung als vorbringlichste Aufgabe der inneren Politik beschleunigt eine zeitgemäße Verfassungs- und Verwaltungsreform in Angriff nehmen werde. Gegenüber der Zentralisation aller Gewalt in Berlin müßten alle Kräfte für die große Verwaltungsreform und für die Reingliederung des Reiches durch das Reich eingeseht werden, um zu dem Ziel des gleichberechtigten Vores Niederzuckens zu gelangen. Die Deutsch-Hannoversche Partei sei zur Mitarbeit bereit.

**Ein Hochseeschlepper gesunken.**

Dirschau, 3. Nov. Dienstaagnachmittag ist der Hochseeschlepper „Gornit“ an der Küste bei Wirböt gesunken. Der Schlepper gehörte der Wisla-Natik in Dirschau und befand sich auf dem Wege von Kopenhagen nach Schweden. Im Schleppzug befanden sich zwei Seeleichter, deren Schicksal ungewiß ist. Man nimmt an, daß sie angetrieben sind. Ertrunken sind zehn Mann der Besatzung die sich auf dem Schlepper befanden, darunter vier Offiziere und zwar sind der Kapitän und der erste Stenermann Deutsche, der erste Mechaniker ein Pole und der zweite Mechaniker ein Däne.

**Versteigerung der Lloyd-Piers in Hoboken.**

Newyork, 3. Nov. Die Stadtcommission von Hoboken setzte einstimmig die Versteigerung der im Weltkrieg beschlagnahmten Hobokener Piers des Norddeutschen Lloyd für das nächste Jahr an. Die Piers wurden bisher von der amerikanischen Regierung benutzt, die aber zu wenig bezahlte. Wiederholt hatte deshalb die Stadt Hoboken den Kongreß angerufen, damit die Piers an die Stadt verkauft werden können.

**Der Bergarbeiterstreik in Kanada.**

London, 3. Nov. Nach einer Blättermeldung aus Winnipeg sind im Laufe des Bergarbeiterstreiks in Kanada verschiedene Sabotageakte verübt worden. Mehrfach soll versucht worden sein, Kohlengruben in die Luft zu sprengen. Der durch die Sprengungen entstandene Schaden habe eine zeitweilige Stilllegung der Gruben zur Folge. In einigen Bezirken sollen die Arbeiten wieder aufgenommen worden sein.

**Baden.**

Zur Frage der Gebührenerhebung auf der Autostraße. Heidelberg, 3. November. Nachdem die Pläne für die Autostraße Mannheim-Heidelberg vollkommen fertig sind und die Notwendigkeit des Baues bei einem durchschnittlichen Verkehr bis zu 1000 Wagen nicht zu bestreiten ist, muß der Beginn der Bauarbeit noch verschoben werden, da

die Frage der Gebührenerhebung noch nicht getarnt ist. Die Baukosten, die sich auf 5 bis 6 Millionen Mark belaufen sollen durch diese Gebühren verzinst und getilgt werden. Die Reichsregierung gestattet aber diese Gebührenerhebung nicht auf Grund des Finanzausgleichs. Es soll nun versucht werden, das Zugeständnis des Reiches für diese Gebührenerhebung zu erlangen, zumal es sich wohl nur um eine vorübergehende Einrichtung handelt, da die Angliederung dieser Straße an ein großes Autostraßensystem ohne Gebührenerhebung durchaus möglich sei. Auch ein Zusammengehen mit der Autostraße Hamburg-Frankfurt-Mailand ist nicht ausgeschlossen.

**Ausgrabungen im alten Kloster in Klosterreichenbach.**

Auf Veranlassung von Pfarrer Bekler fanden in der vergangenen Woche durch das Landesamt für Denkmalspflege im Klosterhof zu Klosterreichenbach und in den anliegenden Grundstücken Ausgrabungen statt. Die Grabungen fanden unter der Leitung von Prof. Dr. Fiedler und Dr. Schweizer. Man stieß in verhältnismäßig geringer Tiefe auf die Fundamente und die aufragenden Mauerstümpfe, die mit samt den Pflasterungen teilweise auch mit dem Plattenboden noch recht gut erhalten sind. Die Grabungen erfolgten zunächst nur Stichprobenweise, da dem Landesamt die Mittel zur völligen Ausgrabung fehlten. Es wäre sehr zu wünschen, daß die weiter nötigen Mittel von privater Seite aufgebracht würden, damit die Grabungen zu Ende geführt werden können. Nach Aussage von Prof. Fiedler kann jetzt schon mit einiger Wahrscheinlichkeit die Lage und Größe der durch den großen Brand im 30jährigen Krieg verschundenen Klostergebäude festgestellt werden, so z. B. des Kapitels, des Refektoriums und des Kreuzganges. In der Südhälfte des letzteren stieß man auf ein etwas verworrenes Grab, vermutlich ein Priorengrab.

**Aus Nah und Fern.**

\* Sinsheim, 2. Nov. (Erhöhte Zinsen.) Mit Wirkung vom 1. November sind die Zinssätze bei der Stadt Sparkasse wie folgt erhöht worden: für Spareinlagen auf 7, für Giroeinlagen auf 5, für Darlehen auf 11 und für Hypotheken auf 10 Prozent.

\* Sinsheim, 3. Nov. (Der Offenbarungseid.) Der Offenbarungseid ist zweifellos in vielen Fällen ein unentbehrliches Zwangsmittel des Gläubigers gegen den erfolglos gepfändeten Schuldner. Zuweilen hat man aber den Eindruck, daß von diesem Mittel auf der Gläubigerseite ein allzu bedenkenloser Gebrauch gemacht wird. Diese Auffassung kommt nun auch in dem Fachblatt „Der Badiische Einzelhandel“ zum Ausdruck, das u. a. schreibt: Der Gläubiger soll mit der Erzwingung des Offenbarungseides nicht so voreilig sein, besonders dann nicht, wenn der Schuldner zwar in erster Instanz zur Zahlung verurteilt ist, aber hiergegen bei der höheren Instanz Berufung eingelegt hat. Diese urteilt verschiedentlich ganz anders und dann muß der voreilige Gläubiger jeden durch die Erzwingung des Offenbarungseides entstandenen Schaden ersehen. Dieser Schaden könnte für jeden Handwerker und Kaufmann sehr groß sein. Ist der Offenbarungseid einmal geleistet, so ist der Schuldner innerhalb der nächsten fünf Jahre zur nachmaligen Leistung des Eides selbst einem anderen Gläubiger gegenüber nur dann verpflichtet, wenn glaubhaft gemacht wird, daß er später neues Vermögen erworben hat.

\* Sinsheim, 3. Nov. (Die Lebenshaltungskosten im Oktober.) Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 150,2 gegen 147,1 im Vormonat, sie ist sonach um 2,1 vom Hundert gestiegen. Für diese Steigerung hat die infolge der Heraufsetzung der gesetzlichen Miete erfolgte Erhöhung der Wohnungsausgaben den Ausschlag gegeben. Die anderen Bedarfsgruppen haben Steigerungen geringen Umfanges aufzuweisen.

\* Sinsheim, 3. Nov. (Schützt die Wasserleitungen vor der Kälte!) Der Frost bringt die Gefahr der Beschädigung der Wasserleitungen. Diese Beschädigungen können unter Umständen nicht unerhebliche Kosten und große Unannehmlichkeiten verursachen. Es liegt daher im eigenen Interesse der Hauswirte, für rechtzeitigen und ausreichenden Schutz der Wasserleitungsanlagen gegen die Kälte zu sorgen. Besonders gefährdet sind die Eintrittsstellen der Leitungen in die Gebäude. Schließen und Abdichten der Kellerfenster mit schlechten Wärmeleitern (Stroh, Holzwolle, Lumpen, Papier usw.) und Einhüllen der freilegenden Rohre, ferner Abstellen und Leerlaufenlassen der ungeschützten Leitungen bei Frost müssen zu sofortiger Anwendung empfohlen werden.

\* Steinsfurt, 2. Nov. (Erfolgreiche Schützen.) Bei dem am Sonntag in Weiler stattgefundenen Waidpreisschießen erlangen die Schützen vom R.-K. Schützenverein Steinsfurt Joh. Seel, Wilh. Klingmann, Heinrich Pfeifer, Heinrich Keonhardt und Adam Hugel den Gauwaidpreis mit sehr guten Schußleistungen.

\* Schwellingen, 2. Nov. (Auch das „Badiische Nachrichtenblatt“ stellt sein Erscheinen ein.) Am 7. Oktober erschien als Nachfolger des nach elfmonatigem Erscheinen eingegangenen „Neuen Schwelinger Tageblattes“ in Schwellingen das „Badiische Nachrichtenblatt“. Diese Zeitung, die von einem „Reklamemstitut und Verlag, Blaue Post, Karl Bökel, Mannheim, Rheinaustraße 17“ herausgegeben wurde, hat bereits am letzten Samstag, 29. Okt., nach ganzem dreiwöchigem Bestehen lang- und klanklos wieder aufgehört zu erscheinen. Die Montagnummer wurde nicht mehr ausgegeben. Irgendwelche Erklärung des Verlags über das Eingehen dieses Unternehmens ist nicht erfolgt.

\* Waldorf, 1. Nov. (Die Feuerfresser.) Der jugendliche Nachahmungstrieb einiger Jungen hatte auf der hiesigen Kermis, wo Feuerfresser auftraten, Nahrung erhalten und betätigte sich einige Tage darauf am Samstagnachmittag, den 29. Oktober dadurch, daß sie sich nach dem Beispiel der Bubenleute Spiritus in den Mund gossen und dieses in dem Augenblick des Auspeins anzündeten. Leider lief der Versuch nicht so glatt wie bei den richtigen Feuerfressern ab; denn der eine von ihnen, der 14jährige Wilhelm Wahl, mußte seinen Künstlertrieb mit einem verbrannten Gesicht büßen, jodas ärztliche Behandlung notwendig wurde.

\* Auerbach, 1. Nov. (Wiederherstellung des „Fürstentagert.“) Da bei Auerbach oberhalb des Hochstädter Tales und gegenüber dem Auerbacher Schloß, der bedeutendsten Burgruine der Bergstraße, gelegene Fürstentagert, eine Gruppe von Jagdhäusern aus dem 18. Jahrhundert mit schönen Anlagen, wird jetzt durch die hiesige Staatsverwaltung wieder hergestellt. Die Hauptgebäude des früher fürstlichen Sommerhauses bieten bereits ein farbenreiches Bild. Bis 1928 werden alle Arbeiten beendet sein. Das Fürstentagert mit dem nahen, sechshundertjährigen Schloß der

